

<b>STELLUNGNAHME ZUM ANTRAG</b>  GRÜNE-Gemeinderatsfraktion  vom: 27.02.2007 eingegangen: 27.02.2007	Gremium:  Termin: Vorlage Nr.: TOP:  Verantwortlich:	<b>36. Plenarsitzung des Gemeinderates</b>  <b>24.04.2007</b> <b>993</b> <b>8</b> <b>öffentlich</b> <b>Dez.4</b>
<b>Erweiterungen und Handlungsempfehlungen für den nächsten Energiebericht</b>		

**Stellungnahme des Bürgermeisteramtes - Kurzfassung -**

Die im Antrag von Bündnis 90 / Die Grünen formulierten Anregungen sind inhaltlich in jüngsten Stellungnahmen der Gebäudewirtschaft zu Energiethemen eingeflossen und auch für die Fortschreibung des Energieberichts konzipiert. Ebenso ist beabsichtigt, die Erfahrungen der städtischen Gesellschaften mit einzubeziehen. Parallel dazu befasst sich eine ämter- und dezernatsübergreifende Arbeitsgruppe mit dem Thema Karlsruher Klimaschutzkonzept unter Federführung des Amtes für Umwelt- und Arbeitsschutz.

Finanzielle Auswirkungen                    nein <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/>			
Gesamtaufwand der Maßnahme	Einnahmen (Zuschüsse u. Ä.)	Finanzierung durch städtischen Haushalt	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgeerträge und Folgeeinsparungen)
Haushaltsmittel stehen nicht zur Verfügung.    Finanzposition: Ergänzende Erläuterungen:			
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	nein <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/>	durchgeführt am	
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	nein <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/>	abgestimmt mit	

## 1) Erweiterung bzw. Vertiefung des Berichts:

Absoluter Verbrauch: In der Fortschreibung des Energieberichts 2007 wird in den Nutart-Tabellen mit den Arealnummern und Bezeichnungen zusätzlich der absolute Verbrauch für Heizenergie und Strom entsprechend aufgeführt.

Verbrauch vergleichen: Im §19 EnEV ist geregelt, dass Energieverbrauchskennwerte als Vergleichsmaßstab für verschiedene Gebäudetypen im Nichtwohnungsbau im Bundesanzeiger bereitgestellt werden. Ein Vergleich der mittleren Verbrauchswerte (pro Gebäudegruppe) mit nationalen oder anderen Mittelwerten kann aufgrund unterschiedlicher Bezugsflächen und Randbedingungen nur als Orientierungsgröße gesehen werden. Ein Vergleich zu Gebäuden mit neuester Technik ist nur bei gleicher Nutzung sinnvoll.

Analyse des Stromverbrauchs: Ursachen für den gewachsenen Stromverbrauch sind auch erweiterte Geräteausstattung und –nutzung vor allem im Bereich der EDV. Daneben hat auch das Nutzerverhalten einen wesentlichen Einfluss auf einen steigenden Stromverbrauch. Diesem begegnet die Gebäudewirtschaft durch gezielte Schulungen der Hausmeister und Sensibilisierung von Nutzern oder auch durch Anreizsysteme zum Energiesparen.

Schwimmbäder: Die Schwimmbäder sind ausschließlich im Verantwortungsbereich der Bäderbetriebe. Die technischen Anlagen der Bäder werden im Rahmen der regelmäßig durchzuführenden Wartungs- und Instandhaltungsarbeiten näher analysiert und bei Bedarf ertüchtigt. Wird bei diesen Arbeiten ein ineffizienter Betrieb der Anlagen festgestellt, werden umfangreichere Sanierungsmaßnahmen eingeleitet. Beides mit dem Ziel, den Einsatz der Ressourcen wie Energie, Wasser, Chemikalien etc. zu optimieren. So wurde beispielsweise die Wärmeversorgung des Vierordtbades von Dampf auf Fernwärme umgerüstet, im Weiherhofbad wird momentan die Lüftungsanlage erneuert, in die eine Wärmerückgewinnung integriert sein wird.

Städtische Gesellschaften: Die Gebäudewirtschaft hat in Zusammenarbeit mit den Stadtwerken Karlsruhe eine Softwarelösung entwickelt, um von dort die erforderlichen Daten zu erhalten. Dieser Lösungsansatz ist effizienter als eine umfangreiche Datenbeschaffung durch Einzelabfragen. Es ist geplant, die Ergebnisse in den nächsten Energiebericht aufzunehmen. Im Februar wurde ein Arbeitskreis zur Erstellung eines Klimaschutzkonzeptes für Karlsruhe gebildet, in dem auch die städtischen Gesellschaften vertreten sind. Von dieser Zusammenarbeit verspricht sich die Gebäudewirtschaft positive Auswirkungen, welche im Weiteren in den Energieberichten dokumentiert werden. Mit der Volkswohnung laufen ebenfalls Gespräche.

Ursachenanalyse / Sanierungsmaßnahmen: Im Energiebericht 2001 wurde am Beispiel der Südschule Neureut die prinzipielle Vorgehensweise der Gebäudewirtschaft bei der Durchführung von Sanierungsmaßnahmen dargestellt. Ausgehend von einem hohen spezifischen Energieverbrauch wurde ein Maßnahmenkatalog aufgestellt, nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten bewertet, anschließend in sinnvolle Bauabschnitte gegliedert und mit der Umsetzung begonnen. In den nächsten Energieberichten wird neben dem Verbrauchsmittelwert einer Gebäudegruppe auch eine

150%-Linie als Orientierungsgröße für besonders negativ auffällige Gebäude eingebildet. Thermografieaufnahmen können ein sinnvolles Hilfsmittel beim Aufspüren von energetischen Schwachstellen bzw. bei der Dokumentation von durchgeführten Sanierungsmaßnahmen sein. Im kommenden Gebäudezustandsbericht sollen erforderliche Sanierungsmaßnahmen und Einsparpotenziale bedarfsorientiert, unter Berücksichtigung des Funktionserhaltes und wirtschaftlicher Gesichtspunkte aufgezeigt werden.

Energiepass: Der Energiepass ist Bestandteil der Energieeinsparverordnung (EnEV) 2007. Diese existiert derzeit nur als Referentenentwurf. Geplant ist, dass die EnEV noch im Jahr 2007 in Kraft treten soll. Um die Anforderungen der EnEV 2007 umzusetzen, werden derzeit geeignete Konzepte entwickelt, u.a. auch mit den Stadtwerken Karlsruhe im Hinblick auf eine mögliche Kooperation. Es ist geplant, die durchgeführten Aktivitäten in die Fortschreibung des Energieberichts aufzunehmen und die Volkswohnung dabei einzubeziehen.

Energieeinsparungen: Energiesparmaßnahmen werden i. d. R. kombiniert mit anstehenden Sanierungsmaßnahmen durchgeführt. Eine genaue Ausweisung der Mittel, die alleine für die Energiesparmaßnahme angefallen sind, gestaltet sich dabei als äußerst aufwendig. Ein erster Nachweis eines Einsparerfolges nach abgeschlossenen Sanierungsmaßnahmen lässt sich bereits im ersten Betriebsjahr führen. In den Folgejahren können weitere Verbesserungen durch Betriebsoptimierungen etc. erreicht werden.

## **2) Handlungsempfehlungen/Prioritätenliste:**

Prioritätenliste inkl. Fortschreibung, Ergänzung und Maßnahmen: Es hat sich gezeigt, dass eine Prioritätenliste, die alleine am Energieeinsparpotential ausgerichtet ist, nicht die tatsächlichen Notwendigkeiten widerspiegelt. Daher sind erzielte Energieeinsparungen oft ein Nebeneffekt bei der Durchführung von Sanierungsmaßnahmen zur Funktionserhaltung der technischen Anlagen und Gebäude. Die Prioritäten unterliegen somit einem ständigen Anpassungsprozess. Gleichwohl sollen diese Inhalte in dem in der Erstellung befindlichen Gebäudezustandsbericht ihren Niederschlag finden. Dieser soll als Arbeitsmittel fortlaufend gepflegt und in den zuständigen Ausschüssen regelmäßig vorgestellt werden. Die besonders negativ auffälligen Liegenschaften sind darin wie unter 1) bereits erwähnt enthalten.

Das Vorziehen von kleineren Maßnahmen ist nur dann sinnvoll, wenn keine großen Sanierungen anstehen oder wenn diese kleineren Maßnahmen in geplante größere Sanierungen gegebenenfalls integriert werden können. So ist es auch möglich, zeitnah kleinere Einsparungen zu realisieren.